

Initiative misst Verkehrslärm in Giesen

Grenzwerte laut Interessengruppe deutlich überschritten: Lautstärke belastet Anwohner / Tempolimit als Lösung?



Eng und zu laut ist es in der Giesener Rathausstraße – gleichzeitig Kreisstraße 509. Dies belegen Messungen der Bürgerinitiative Giesen Schacht, wie diese berichtet.

FOTO: CLEMENS HEIDRICH

Von Alexander Raths

Giesen. Die Bürgerinitiative (BI) Giesen Schacht hat nachgemessen, dass der Grenzwert in der Emmerker Straße und der Rathausstraße vor allem während des Berufsverkehrs deutlich überschritten wird – und schlägt ein Tempolimit für den Verkehr durch den Ort vor. Hintergrund: Seit 2018 betreibt die BI nach eigenen Angaben in der Gemeinde ein Feinstaubmesswerk. Dieses ist um zwei Lärmessensoren erweitert worden. Mit denen hat die Initiative den Verkehrslärm überprüft – täglich seit verganginem November, wie sie auf Nachfrage der HAZ berichtet.

„Es ist in der Rathaus- und der Emmerker Straße schon jetzt zu laut. Dazu muss nicht erst ein neues Kalibergwerk seinen Betrieb aufnehmen“, meint BI-Sprecher Ingo Fietz und bezieht sich dabei auf ein von der Gemeinde in Auftrag gegebenes Lärmgutachten für die Ortsdurch-

fahrt aus dem Jahr 2015. Eigene Messungen der BI belegen nach deren Angaben die Belastung für die Anwohner. Grenzwerte in Höhe von 60 und 70 Dezibel würden überschritten – „und zwar klar“, so Fietz weiter.

Auf dieser Grundlage stellt die Initiative ein Tempo-30-Limit in der Ortsdurchfahrt zur Diskussion – eine Geschwindigkeitsbegrenzung befürwortet auch die Giesener Ortsbürgermeisterin Petra Weitemeier-Heidemann.

Die Bürgerinitiative beruft sich mit Blick auf ein Tempolimit auf das Umweltbundesamt, das ein Einschreiten bei Überschreiten von Grenzwerten für notwendig hält. Mit dem Thema sollte sich der Giesener Gemeinderat befassen – um die Belastung der Anwohner zu reduzieren, meint die Bürgerinitiative. Diese hebt überdies hervor, dass die Durchgangsstraße im Lärmaktionsplan der Gemeinde fehle.

Die Gemeinde hat nach eigenen

Angaben keine Befugnis, ein Tempolimit einzuführen. „Die BI müsste ihr Anliegen über die Politik in die Gremien einbringen“, so der Allgemeine Vertreter des Bürgermeisters, Kai Niemetz. Bei Mehrheiten im Rat für eine Geschwindigkeitsbegrenzung würde die Gemeinde dieses Anliegen an die Verkehrskommission weiterleiten, die darüber entscheidet. „Ob diese dann eine entsprechende Begrenzung beschließt, kann ich nicht beurteilen“, so Niemetz weiter. Und: „Sofern die BI darauf hinweist, dass die Kreisstraße 509 im Lärmaktionsplan der Gemeinde keine Berücksichtigung findet, trifft dies zu. Dies liegt aber daran, dass hier nur die Hauptverkehrsstraßen und Straßenabschnitte mit einer jährlichen Verkehrsbelastung von mehr als drei Millionen Fahrzeugen Berücksichtigung finden.“

Im Bereich der Gemeinde sind dies laut Verwaltung die A7 sowie die B1 und die B6.